

Nationalismus schloß vorerst jedoch eine Zusammenarbeit aus. Der Anschluß Österreichs, der das Deutsche Reich zum unmittelbaren Nachbarn Ungarns machte, das Schüren der Sudetenkrise und das Interesse Hitlers, sich die ungarische Beteiligung an der Liquidation der ČSR zu sichern, ließen die nationalitätspolitischen Streitpunkte zeitweilig zurücktreten. Nachdem Ungarn im Ersten Wiener Schiedsspruch am 2. November 1938 seinen ersten Revisionsgewinn eingestrichen hatte, präsentierte Hitler bei der Gründung des Volksbunds der Deutschen in Ungarn am 26. November jedoch seine Rechnung, denn diese Volksgruppenorganisation sollte nicht nur das Volkstum zurückgewinnen, „das verloren gegangen ist“, sondern konnte auch als eine Art „Fünfte Kolonne“ dazu mißbraucht werden, die Durchsetzung der reichsdeutschen Interessen zu gewährleisten.

T. streift die nach dem 13. März 1938 liegende Entwicklung nur knapp, weil er sie bereits in seiner älteren Monographie ausführlich dargestellt hat. Doch dadurch bricht seine sonst so faktenreiche Interpretation recht unvermittelt ab – was diesem Aspekt abzugewinnen ist, hat jüngst Thomas Spira überzeugend nachgewiesen². Und im Vergleich zu dieser Dissertation lassen sich trotz – oder gerade wegen – der Materialfülle auch die Schwächen von T.s Untersuchung nicht verbergen: Wegen seines dominant positivistischen Ansatzes kommt die Analyse der geschilderten Vorgänge zu kurz; zu einer Zusammenfassung und Wertung der Minderheitenfrage im deutsch-ungarischen Verhältnis dringt er nicht vor. In den 675 Anmerkungen ist eine Fülle von Verweisen versteckt, die aber, da eine Bibliographie fehlt, mühselig erschlossen werden müssen. Selbst für den mit der Materie etwas Vertrauten bleibt diese Studie, die so beredt Zeugnis ablegt von der Sammlerleidenschaft, der Materialbeherrschung und der Detailverliebtheit des Autors, daher eine etwas mühsame Lektüre.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

2) The German-Hungarian-Swabian Triangle 1936–1939: The Road to Discord, Boulder, Col. 1990.

Manfred Nebelin: Deutsche Ungarnpolitik 1939–1941. Verlag Leske + Budrich. Opladen 1989. 256 S.

In seiner noch von Andreas Hillgruber betreuten Kölner Dissertation verspricht Manfred Nebelin, die in der älteren Literatur nicht eindeutig geklärte Frage zu beantworten, ob Ungarn bereits durch seine Mitwirkung an der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 ein Satellit des Dritten Reiches geworden ist, ob es erst mit der Beteiligung am deutschen Überfall auf die UdSSR die Stufe eines „faschistischen Hilfswilligen“ (Wendt) erreichte oder gar bis zur Besetzung des Landes durch die Wehrmacht am 19. März 1944 „Herr im eigenen Haus“ (Nolte) zu bleiben vermochte. Nach gründlicher Auswertung der gedruckten Aktenbestände, wobei der 1982 erschienene Band der Dokumente zur ungarischen Außenpolitik für den Zeitraum Mai 1940 bis Juni 1941 besonders wertvolle Aufschlüsse lieferte, hat der Vf. die im Militärarchiv in Freiburg i. Br. und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes liegenden Materialien herangezogen und erstmals auch den Nachlaß des langjährigen deutschen Gesandten in Budapest, Otto von Erdmannsdorff, einsehen können. Die westsprachige Sekundärliteratur ist in der umfangreichen Bibliographie (S. 240–252) fast vollständig aufgeführt; die nur auf Ungarisch oder in slawischen Sprachen vorliegenden Untersuchungen fanden – vermutlich wegen fehlender Sprachkenntnisse – keine Berücksichtigung. Die in „Diplomáciai Iratok Magyarorszáig Külpolitikájához“ abgedruckten Aktenstücke können dank der ausführlichen Regesten in deutscher Sprache erschlossen werden, was dem Vf. sicher zugute kam.

Ohne strikt die Chronologie einzuhalten, werden vier Fragestellungen eingehend aufgearbeitet:

1) Hat Hitler zwischen März und September 1939 einer direkten ungarischen Beteiligung am Krieg gegen Polen größeres Gewicht beigemessen?

2) Welche Rolle spielten die ungeduldig vorgetragenen ungarischen Revisionsforderungen Rumänien gegenüber?

3) Wie kam es zur deutsch-ungarischen „Waffenbrüderschaft“ gegen Jugoslawien im April 1941?

4) Ist in den Überlegungen Hitlers und der deutschen Militärs der von Ungarn zu leistende Beitrag im Krieg gegen die Sowjetunion überbewertet worden?

N. kommt – auch wenn er eindeutigen Festlegungen ausweicht – immerhin das Verdienst zu, die Grundzüge der ungarischen Außenpolitik mit ihrer von Opportunitätserwägungen und dem unstillbaren Drängen nach Revisionsgewinnen bestimmten Zweispieltätigkeit herausgearbeitet zu haben. Die Regierung Teleki war trotz Hitlers Angebot, den Anschluß des deutschen „Schutzstaates“ Slowakei zu erlauben und die Wiedergewinnung Siebenbürgens zu unterstützen, im Sommer 1939 nicht bereit, sich unmittelbar am deutsch-polnischen Krieg zu beteiligen, erhöhte aber im gleichen Zeitraum die Lieferung von Agrarprodukten an das Deutsche Reich so stark, daß der Ministerpräsident schon im Oktober die weitgehende deutsche Kontrolle über die ungarische Volkswirtschaft beklagte. Nachdem der deutsche Sieg über Frankreich die deutsche Machtstellung in Europa gefestigt hatte, nahm Budapest seine bereits zuvor mehrfach von der Reichsregierung unterbundenen Bemühungen wieder auf, im Alleingang die angestrebte Rückgliederung Siebenbürgens zu erzwingen; Hitler war aber nicht willens, eine Abweichung Ungarns von der von ihm vorgegebenen großen politischen Linie hinzunehmen. Als die UdSSR am 28. Juni 1940 mit der Annexion Bessarabiens und der Nord-Bukowina die territoriale Integrität Rumäniens verletzte, ergab sich für die ungarischen Revisionisten ein neuer Ansatzpunkt; aber erst nach teilweiseem Verzicht auf Souveränitätsrechte und unter Ausweitung der mittlerweile beträchtlichen Agrarexporte erlaubte die Reichsregierung die Annexion Nord-Siebenbürgens und des Széklerlandes, die dann im Zweiten Wiener Schiedsspruch (30. August 1940) festgelegt wurde. In der Erwartung, auch den Rest Siebenbürgens gewinnen zu können, wurden weitere Zugeständnisse an Berlin gemacht, wie z. B. unkontrollierte deutsche Truppen- und Nachschubtransporte durch Ungarn. Für Hitler war Ungarn damit zur „Etappe“ abgesunken.

Die ungarische Regierung ihrerseits glaubte, durch die Aufrechterhaltung der Kontakte zu Großbritannien und den Abschluß des Freundschaftsvertrags mit Jugoslawien (12. Dezember 1940) ein eigenständiger Partner in der europäischen Politik bleiben zu können. Schon vor dem deutschen Angriff auf Jugoslawien wurde jedoch die militärische Zusammenarbeit mit der Wehrmacht erweitert und Ungarn schließlich am 11. April 1941 veranlaßt, sich in den Konflikt einzuschalten. Jetzt war die einseitige Bindung Ungarns an das nationalsozialistische Deutschland offenkundig geworden.

Obgleich sich nach der Annexion der Baranya, der Batschka und des Murgebiets das ungarische Staatsterritorium in zweieinhalb Jahren verdoppelt hatte, führte das Verlangen nach Wiedergewinnung Süd-Siebenbürgens Ungarn in noch festere Abhängigkeit vom Deutschen Reich. Den politisch Verantwortlichen in Budapest war klar, daß nur ein unmittelbares Eingreifen Ungarns in den als unausweichlich angesehenen deutsch-sowjetischen Krieg weitere Revisionsgewinne sicherstellen werde. Gerade zu diesem Komplex hat N. penibel sowohl die unterschiedlichen reichsdeutschen Bewertungen des möglichen militärischen Beitrags der Honvéd als auch die Reaktionen der ungarischen Politiker und Militärs vor und in den ersten Tagen des deutschen Angriffs auf die UdSSR minutiös zusammengetragen. Er meldet begründete Bedenken an, die Entscheidung vom 27. Juni 1941, die Kampfhandlungen gegen die Rote Armee aufzunehmen, als Nachweis der ungarischen „Vasallität“ dem Deutschen Reich gegenüber

heranzuziehen. Der anfangs nur als Sechs- bis Achtwochenkrieg eingeschätzte „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ war in Ungarn – gerade weil er die Chancen für die Rückgliederung Süd-Siebenbürgens und des West-Banats zu verbessern versprach – nicht unpopulär; sobald sich aber erste Rückschläge einstellten und die Hoffnung auf einen raschen Erfolg schwand, ging die Budapester Regierung auf wachsende politische und militärische Distanz zum Deutschen Reich. N. weicht auch hier einer klaren Antwort auf seine anfängliche Fragestellung aus und entzieht sich einer präzisen Festlegung, wann, wie lange und mit welcher Intensität Ungarn in das Schlepptau des nationalsozialistischen Deutschland geraten ist.

In seiner von souveräner Materialbeherrschung zeugenden und anspruchsvoll formulierten Studie läßt N. deutlich werden, daß ohne den ungeduldigen, maßlosen und jedem politischem Kalkül Hohn sprechenden Revisionskurs Ungarn sich wohl nicht in gleichem Ausmaß im Netz der deutschen Aggressions- und Expansionspolitik verstrickt haben würde. Gerade die geschickte Manipulation des unstillbaren madjarischen Appetits nach weiteren Gebietserwerbungen hat es dem „Dritten Reich“ ermöglicht, im Donauraum Fuß zu fassen und Ungarn unter Einschränkung seiner Souveränität zum Sprungbrett für das Ausgreifen auf den Balkan und in Richtung Schwarzes Meer zu machen.

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

Antanas Tyla: Lietuva ir Livonija XVI a. pabaigoje – XVII a. pradžioje. [Litauen und Livland vom Ende des 16. – Anfang des 17. Jahrhunderts.] Verlag Mokslas. Vilnius 1986. 219 S. mit 2 Übersichtskt. u. Tab. i. T..

Das Interesse der litauischen Historiographie für Livland ist nicht neu und hat einen Grund in der Tatsache, daß Livland verfassungsrechtlich von 1562 bis zur Lubliner Union 1569 allein an das Großfürstentum Litauen angeschlossen war und erst danach die gemeinsame Souveränität von Polen-Litauen Gültigkeit erlangte¹. In baltischen Darstellungen ist meist vereinfachend von einer polnischen Epoche in der Geschichte Livlands die Rede. Der Rechtshistoriker Antanas Tyla hat jetzt die Entwicklung der Beziehungen zwischen Litauen und Livland erneut erforscht, und zwar auf Grund der von ihm in den Archiven von Moskau, Kiew, Krakau, Warschau, Posen und Wilna erschlossenen Belege, die im vorliegenden Werk in den Fußnoten verzeichnet werden und jedem Spezialisten der baltischen Geschichte nicht unwichtig sein sollten. Ausführlich schildert der Vf. die wirtschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen der litauischen Livlandpolitik jener Epoche, ebenso die Hausinteressen der Familien der Radziwiłł (Radvila), Chodkiewicz (Chodkevičius) und Sapieha (Sapiega) in Livland. Sie und andere Hochadlige des Großfürstentums Litauen haben hauptsächlich in der Verwaltung Livlands während dieser Jahre gewirkt. Auch in den Kriegen von 1558–1582, 1600–1611 und 1617–1629, deren Verlauf der Vf. genau schildert, trug das Großfürstentum Litauen die Hauptlast, was hier mit zahlreichen fiskalischen Belegen aufgezeigt wird. Diese Kriege endeten mit dem Verlust des größeren Teils von Livland an Schweden im Frieden von Altmark von 1629. Litauen hatte somit sein politisches Ziel nicht erreicht. Der lettgalische Teil Livlands mit Dünaburg ging allerdings erst 1772 und Kurland 1795 an Rußland verloren.

Niederwalgern

Povilas Reklaitis

1) Eine erste wissenschaftliche Bearbeitung von litauischer Seite zu dieser Frage erfolgte durch Aleksandras Plateris [d. i. Graf Alexander von Plater]: *Teisiniai Livonijos ir Kuršo santykiai su Lietuva, XVI–XVIII amžiais. Les relations juridiques de la Livonie et de la Courlande avec la Lithuanie, XVI–XVIII siècles* (Teisės ir ekonomijos studijos, 2, 2), Kaunas 1938.